

Beschlossen auf der Juso-Mitgliederversammlung am 18. Februar 2009



Jusos Stadt Braunschweig
Schloßstr. 8
38100 Braunschweig
Telefon: (05 31) 4 80 98-21
Telefax: (05 31) 4 80 98-26
info@jusos-bs.de
www.jusos-bs.de

ERNEUERBARE ENERGIEN – EIN BEITRAG ZUR STROMERZEUGUNG

Nukleare Risiken, Ressourcenknappheit und die Erderwärmung erfordern ein Umdenken in der bisherigen Energieerzeugung und –nutzung. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung im Rahmen eines nationalen Klimaschutzprogramms das Ziel beschlossen, bis zum Jahr 2020 mindestens 30% des Stromverbrauchs und bis 2050 50% aus erneuerbaren Energien zu decken.

Potential Erneuerbarer Energien in der Region Braunschweig

Der Stromverbrauch in der Region Braunschweig beläuft sich auf schätzungsweise 7 Terawattstunden (TWh) pro Jahr. Derzeit werden in der Region etwa jede fünfte Terawattstunde pro Jahr aus erneuerbaren Energien ins Netz eingespeist. Unter den erneuerbaren Energien leistet die Windenergienutzung in der Region Braunschweig derzeit mit 85% derzeit den größten Beitrag, gefolgt von Biogas mit 11%.

Mit knapp 19% Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung erreicht die Region Braunschweig bereits heute fast das Ziel für das Jahr 2020. Aber sind mittelfristig auch 50% oder sogar eine hundertprozentige Strombedarfsdeckung möglich?

Eine Betrachtung der Potenziale der Windenergie, Wasserkraft, Bioenergie, Photovoltaik und Geothermie (Erdwärme) ergibt, dass eine vollständige Versorgung, d.h. die Produktion von jährlich 7 TWh Strom nur in der Theorie möglich ist. In der Praxis kann bis 2050 unter

Bemühung aller relevanten Akteure mit einer 50%igen Versorgung gerechnet werden. Das liegt daran, dass eine Ausnutzung von 95% der geeigneten Dachflächen für Photovoltaikanlagen bis 2050 nicht realistisch ist. Des Weiteren bestehen Nutzungskonkurrenzen und -konflikte von Flächen. Zum Beispiel können die landwirtschaftlichen Flächen nur entweder zum Anbau von Nahrungsmitteln oder von Energiepflanzen genutzt werden.

Um dem Ziel einer hundertprozentigen Versorgung aus erneuerbaren Energien näher zu kommen, müssen alle Träger erneuerbarer Energien genutzt werden. Schwerpunktmäßig sollte sich der Ausbau auf die Nutzung von Photovoltaikanlagen konzentrieren. Da die Anlagen auf Hausdächern montiert werden, sind damit keine Nutzungskonflikte in der Fläche verbunden. Außerdem ist das Ertragspotenzial im Vergleich zu anderen Trägern erneuerbarer Energien – die bereits stärker genutzt werden – am größten.

Wichtige Maßnahmen auf dem Weg zur nachhaltigen Energienutzung bestehen vor allem in der Einrichtung einer unabhängigen Energieberatung, in der Umsetzung von Modellprojekten und in der Vernetzung relevanter Akteure in der Region.

Forderungen:

- Einrichtung einer regionalen Beratungs- und Vernetzungsinstitution (Beratung der Kommunen in der Region Braunschweig zu Energiethemen, Vernetzung der verschiedenen Akteure). Die Institution soll Maßnahmenvorschläge für die Förderung erneuerbarer Energien entwickeln.
Dabei sollen Förderungsmöglichkeiten für alle Träger erneuerbarer Energien erarbeitet werden; denn nur so können die Ausbauziele erreicht werden. Die verschiedenen lokalen Standortbedingungen sollen bei der Wahl der Förderinstrumente Berücksichtigung finden.
- Schwerpunktmäßig auf PV-Anlagen setzen (z.B. Dachflächen kommunaler Liegenschaften zur PV-Nutzung anbieten, bei der Bauleitplanung auf günstige Dachausrichtung der Gebäude achten, PV-Nutzung zusätzlich fördern)
- Einrichtung einer regionalen Beratungs- und Vernetzungsinstitution (Beratung von Kommunen in der Region Braunschweig zu Energiethemen, Vernetzung der verschiedenen Akteure)

Potentiale in Braunschweig

Untersuchungen im Rahmen des Projekts „SUN-AREA“ haben gezeigt, dass insgesamt 1,9 km² Dachflächen in Braunschweig geeignet für die Stromerzeugung über Photovoltaik eingestuft wurden. Allein in der Stadt Braunschweig könnten jährlich rund 250 GWh Solarstrom erzeugt werden - das entspricht einer CO₂-Einsparung von 128.127 Tonnen. Theoretisch könnte über Photovoltaik ca. 70% des privaten Strombedarf in Braunschweig abgedeckt werden, was ein großes Potential zum Aufbau einer dezentralen Stromversorgung darstellt. Hierzu sind Investitionen von rund 1 Mrd. EUR für Photovoltaik-Anlagen nötig.

Forderungen:

- Einrichtung einer unabhängigen Energieberatung für private Haushalte, Industrie und Gewerbe
- Aufbau eines Kommunalen Energiefonds nach Hannoveraner Vorbild zur finanziellen Unterstützung privater Haushalte bei Ausbau von Photovoltaik-Anlagen
- Entwicklung eines Handlungsplans zum Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden bis zum Jahre 2030 – Braunschweig muss mit gutem Beispiel voran gehen!